



EINSCHÄTZUNG ZUR BEDEUTUNG DES UKRAINE-KRIEGS FÜR WIRTSCHAFT UND ARBEITSMARKT IN DEUTSCHLAND // 1. März 2022

Hermann Gartner | Enzo Weber

Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine stellt sich auch die Frage, welche Folgen die militärische Eskalation auf die Gesamtwirtschaft und den Arbeitsmarkt in Deutschland hat. Wirtschaftliche Auswirkungen können sich unter anderem über Handelsverflechtungen, Energieversorgung, Unsicherheit und Migration ergeben. Angesichts der insgesamt stabilen Verfassung des deutschen Arbeitsmarktes könnten die Effekte hier begrenzt bleiben. Es bestehen aber Risiken.

Direkte Effekte des Krieges auf die deutsche Wirtschaft ergeben sich durch Beeinträchtigung des Handels: Der Austausch von Gütern und Dienstleistungen mit Russland wird sich infolge des Kriegs und der bereits beschlossenen Sanktionen deutlich reduzieren. Die russische Wirtschaft steht aber nur auf Platz 14 der wichtigsten Abnehmerländer, zwischen Ungarn und Schweden. Von den **Exporten** (Ausfuhren und Dienstleistungseinnahmen) der deutschen Wirtschaft entfielen im Jahr 2021 1,9 Prozent auf die Russische Föderation. Von den **Importen** waren es 2,8 Prozent, darunter allerdings Energieträger und andere wichtige Rohstoffe. Der Anteil der Ukraine beträgt 0,4 Prozent bei den Exporten und 0,3 Prozent bei den Importen. Die Anteile von Belarus liegen mit 0,1 Prozent noch deutlich darunter.

Weiterhin bestehen indirekte Verflechtungen, da auch andere Länder von Exportrückgängen nach Russland betroffen sein werden, die infolge der wirtschaftlichen Abschwächung wiederum ihre Nachfrage in Deutschland reduzieren. Diese Effekte wären in der Summe aber deutlich kleiner als der direkte Effekt.

Die Tabellen stellen die Verflechtungen im Warenhandel Deutschlands mit der Russischen Föderation und mit der Ukraine dar. Besonders relevant sind die Bereiche **Maschinen, Fahrzeuge und Chemische Erzeugnisse**, in denen Deutschland auch insgesamt hohe Exporte verzeichnet. Inwieweit diese Bereiche von negativen Effekten betroffen sein werden, hängt von mehreren Faktoren ab. Sanktionen gegen Russland gab es bereits 2014 nach der Annexion der

Krim. Die Exporte nach Russland gingen bis 2015 gegenüber 2013 um knapp 40 Prozent zurück. Dies kann aber nur ein erster Anhaltspunkt sein, da die Eskalation heute deutlich über das damalige Maß hinausgeht. Das betrifft auch Sanktionen wie den Ausschluss aus dem SWIFT-System oder Beschränkungen der russischen Zentralbank.

In Zeiten von Lieferengpässen und **Materialknappheiten** würde sich ein Rückgang der Exportnachfrage aus Russland möglicherweise weniger als üblich auf den Produktionsoutput auswirken, da derzeit ohnehin ein Teil der Aufträge nicht abgearbeitet werden kann. Allerdings besteht auch das Risiko, dass sich Engpässe wegen Störungen der Energieversorgung sowie der Lieferketten im internationalen Handel verschärfen. Bezogen auf Russland betrifft das neben Energieträgern einige weitere Zwischenprodukte und Rohstoffe wie Palladium (vgl. Tabelle).

Eine Verflechtung der deutschen Wirtschaft gibt es auch durch **Unternehmen in Deutschland mit Eigentümern in Russland**. Diese hat aber nur eine begrenzte Bedeutung. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind in diesen Unternehmen 8.100 Personen beschäftigt. Umgekehrt gibt es auch Direktinvestitionen Deutschlands in der Russischen Föderation: Sie beliefen sich nach Angaben der Bundesbank Ende 2021 auf 24,3 Mrd. Euro, das sind etwa 1,5 Prozent aller Direktinvestitionen im Ausland. Der Anteil in der Ukraine ist deutlich kleiner.

Eine größere Rolle für Deutschland spielen die Einfuhren **fossiler Brennstoffe** aus der Russischen Föderation. Zur Deckung des Gasverbrauchs in Deutschland trug Russland gut zur Hälfte bei, beim Erdöl liegt der Anteil bei gut einem Drittel. Teilweise ist Ersatz durch Importe aus anderen Ländern möglich (wozu auch die neuen LNG-Terminals dienen sollen), und über die Zeit durch eine verstärkte Umstellung auf regenerative Energien. Dennoch ist zu erwarten, dass sich die Energiepreise in Folge des Kriegs und der Sanktionen weiter erhöhen werden. Betroffen sind nicht nur die (prioritär bedienten) Heizkunden, sondern ebenso die Wirtschaft; der Grad der Verknappung ist hier abhängig vom Fortgang der russischen Energielieferungen. Auch der allgemeine Inflationsdruck steigt damit weiter. Dies kann sich negativ auf die Konsumnachfrage auswirken.

Denkbar sind staatliche Maßnahmen zur Abfederung dieser Auswirkungen, so dass die **Staatsausgaben** expansiv wirken dürften. Das wäre auch bei Stützungsmaßnahmen für besonders betroffene Unternehmen der Fall. In die gleiche Richtung wirken Investitionen bei der Umstellung der Energieversorgung sowie höhere Verteidigungsausgaben. Die angekündigte Einhaltung des Nato-Ziels von zwei Prozent des BIP würde jährliche kreditfinanzierte Zusatzausgaben von rund 20 Mrd. Euro erfordern. Diese wirken zwar nicht nur in Deutschland expansiv, sondern über Importe auch im Ausland, allerdings ist umgekehrt auch mit stärkerer Auslandsnachfrage für die deutsche Rüstungsindustrie zu rechnen.

Neben den Handelsverflechtungen spielt die **Unsicherheit** über Verlauf und Folgen des Krieges sowie die Entwicklung der Weltwirtschaft eine erhebliche Rolle. Wenn das Vertrauen in der Wirtschaft getroffen wird, hat dies Konsequenzen vor allem für Investitionsentscheidungen. Unsicherheiten über die weitere Erhöhung von Rohstoffpreisen oder mögliche Turbulenzen an Finanz- und Währungsmärkten können die wirtschaftliche Entwicklung belasten, so dass auch der Aufschwung der Weltwirtschaft insgesamt an Fahrt verliert. Die Finanzmarktreaktionen waren bislang zwar kräftig, aber nicht krisenhaft. Weltwirtschaftliche Risiken bestünden besonders im Falle weitergehender geopolitischer Verwerfungen.

Zu erwarten ist auch eine zunehmende **Fluchtmigration** nach Deutschland. Das Migrationspotenzial ist erheblich, aber die realisierte Größenordnung momentan nicht abschätzbar. Überlegungen dazu enthält der Bericht von Brücker et al. (2022). Fluchtmigration hat verschiedene Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt. So dürften die BIP-Effekte kurzfristig positiv sein (Weber/Weigand 2018), da sofortige Investitionen und Sozialtransfers nötig werden. Allerdings hat Fluchtmigration mittelfristig das BIP pro Kopf verringert und die Arbeitslosenquote etwas erhöht. Heute könnten bei einer Anwendung der „Massenzustrom-Richtlinie“ der EU Schutzsuchende durch Entfallen des Asylverfahrens schneller als früher für den Arbeitsmarkt relevant werden – abhängig von der Ausgestaltung von Regelungen zur Beschäftigungsaufnahme und der Dauer des Aufenthaltsrechts. Grundsätzlich besteht ein hoher Arbeitskräftebedarf und damit unmittelbar Potenzial für Beschäftigungssteigerungen. Zudem können Investitionen in Qualifikation, Sprache und Integration die Arbeitsmarktergebnisse bei Fluchtzuwanderung stark verbessern (Bach et al. 2017). Die deutschen Wanderungssalden mit Russland lagen in den vergangenen Jahren bei ca. 10.000 Personen und waren damit gesamtwirtschaftlich nicht bedeutend.

Die Bedeutung Russlands für die Weltwirtschaft ist in Teilen wie der Energiewirtschaft hoch, insgesamt aber dennoch nur begrenzt. Bei bisher günstigen wirtschaftlichen Aussichten lässt die Betrachtung insgesamt eine **Abschwächung der globalen und deutschen Konjunktur** in Folge des Ukraine-Kriegs erwarten. Ein Absturz dürfte ausbleiben, solange es zu keiner umfassenden geopolitischen Eskalation oder einer systemischen Wirtschaftskrise kommt. Mittelfristig werden sich die Wirtschaftsakteure an die geänderten Rahmenbedingungen anpassen. In einem nicht-krisehaften Szenario könnten für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dann zusätzliche Investitionen Abschwächungen wie beim Handel überwiegen.

Die Wirkungen auf den **Arbeitsmarkt** hängen neben einer möglichen Erhöhung des Arbeitskräfteangebots durch Migration vor allem von den weiteren wirtschaftlichen Folgen ab. Bleiben diese vergleichsweise begrenzt, ist mit keiner starken Beeinträchtigung der Arbeitsmarktentwicklung zu rechnen. Insgesamt ist diese in Deutschland gegenüber wirtschaftlichen Schwankungen deutlich robuster geworden (Klinger/Weber 2020). Das liegt auch an der niedrigen Entlassungsquote, die daraus resultiert, dass sich Betriebe angesichts der deutlich gestiegenen Arbeitskräfteknappheit Beschäftigte sichern.

Im Falle gravierender wirtschaftlicher Folgen wären diese auch bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit spürbar. Wahrscheinlich ist allerdings, dass sie durch den Einsatz von **Kurzarbeit** in betroffenen Betrieben gedämpft würden. Denn diese ist gerade bei vorübergehenden exogenen Schocks geeignet, um die Zeit bis zu einem Neustart bzw. einer Neuausrichtung der wirtschaftlichen Tätigkeit zu überbrücken und so Beschäftigung zu stabilisieren. Erleichterte Bedingungen für die Kurzarbeit bestehen derzeit ohnehin bis Jahresmitte 2022. Möglich erscheinen im selben Sinne auch staatliche Maßnahmen zur Vermeidung kurzfristiger Insolvenzen. Vorübergehende Wirtschaftshilfen für besonders betroffene Betriebe könnten sich vor dem Hintergrund der Corona-Erfahrungen an Anteilen des ausgefallenen Umsatzes orientieren. Denkbar ist – wie in früheren Krisenkonstellationen – dass es zu einer Zurückhaltung bei Einstellungen in den besonders betroffenen Wirtschaftszweigen kommt. Rückschläge könnte es in der besonders volatilen Zeitarbeit geben, die im Exportgewerbe stark eingesetzt wird.

In Folge des Ukraine-Kriegs dürfte der Ausbau regenerativer Energieerzeugung forciert werden. Damit gewinnt die **Fachkräftesicherung** besondere Bedeutung. Zusätzlicher Bedarf wird in Bereichen wie Bau, Handwerk und Energietechnik entstehen, in denen oft bereits Engpässe bestehen. Schon Maier et al. (2021) finden, dass die Bauvorhaben der Ampel-Koalition eine Stärkung des Fachkräfteangebots bedingen. Eine weitergehende Analyse der Auswirkungen der Zielvorgaben und Maßnahmen zum Klimaschutz und Wohnungsbau des Koalitionsvertrags wird ein bald erscheinender Bericht von Zika et al. (2022) anstellen. Wichtige Maßnahmen liegen in den Bereichen Qualifizierung, berufliche Bildung, Erwerbsbeteiligung, Zuwanderung und Integration.

Literatur

Bach, Stefan; Brücker, Herbert; Deuverden, Kristina van; Haan, Peter; Romiti, Agnese; Weber, Enzo (2017): Fiskalische und gesamtwirtschaftliche Effekte: Investitionen in die Integration der Flüchtlinge lohnen sich. IAB-Kurzbericht 02/2017.

Brücker, Herbert; Goßner, Laura; Hauptmann, Andreas; Jaschke, Philipp; Kassam, Kamal; Kosyakova, Yuliya; Stepanok, Ignat (2022): Erste Einschätzung der Folgen des Krieges in der Ukraine für Migration und Integration. IAB-Forschungsbericht.

Klinger, Sabine; Weber, Enzo (2020): GDP-Employment Decoupling in Germany. *Structural Change and Economic Dynamics*, 52, S. 82-98.

Maier, Tobias; Wolter, Marc Ingo; Schneemann, Christian (2021): Bauvorhaben der Ampel-Koalition bedingen Stärkung des Fachkräfteangebots. Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn 2021.

Weber, Enzo; Weigand, Roland (2018): Identifying macroeconomic effects of refugee migration to Germany. *Economics Bulletin*, 38, Nr. 2, S. 852-862.

Zika, Gerd; Maier, Tobias; Mönnig, Anke; Schneemann, Christian; Steeg, Stefanie; Weber, Enzo; Wolter, Marc Ingo; Krinitz, Jonas: Die Folgen der neuen Klima- und Wohnungsbaupolitik des Koalitionsvertrags auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt. IAB-Forschungsbericht, im Erscheinen.

Tabelle: Warenhandel von Deutschland mit Russland und der Ukraine, 2021

	Ausfuhren (Einnahmen)		Einfuhren (Ausgaben)	
	in Millionen €	in %	in Millionen €	in %
Russland				
Lebende Tiere und Nahrungsmittel	769	2,9	326	1,0
Getränke und Tabak	233	0,9	53	0,2
Sonstige Rohstoffe	267	1,0	1.289	3,9
Kohle, Erdöl, Gas, Strom	149	0,6	24.794	74,9
Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse	7	0,0	17	0,1
Chemische Erzeugnisse	6.018	22,6	692	2,1
Bearbeitete Waren	2.422	9,1	4.786	14,5
Maschinen, Fahrzeuge	14.085	52,9	420	1,3
Versch. Fertigwaren (z.B. Möbel, Schuhe, Kleidung)	2.673	10,0	206	0,6
Besondere Warenverkehrsvorgänge	26	0,1	523	1,6
Insgesamt	26.648	100,0	33.106	100,0
Ukraine				
Lebende Tiere und Nahrungsmittel	281	5,2	246	8,0
Getränke und Tabak	82	1,5	10	0,3
Sonstige Rohstoffe	84	1,5	775	25,0
Kohle, Erdöl, Gas, Strom	151	2,8	17	0,5
Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse	1	0,0	102	3,3
Chemische Erzeugnisse	1.252	23,2	156	5,0
Bearbeitete Waren	556	10,3	549	17,7
Maschinen, Fahrzeuge	2.526	46,8	754	24,3
Versch. Fertigwaren (z.B. Möbel, Schuhe, Kleidung)	447	8,3	374	12,1
Besondere Warenverkehrsvorgänge	14	0,3	114	3,7
Insgesamt	5.393	100,0	3.097	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank. Eigene Darstellung

Kontakt

PD Dr. Hermann Gartner, E-Mail: hermann.gartner@iab.de

Prof. Dr. Enzo Weber, E-Mail: enzo.weber@iab.de